

Frühstart-Rente in der Kritik: Gewerkschaften warnen vor hohen Kosten!

Die CDU plant eine Frühstart-Rente, die auf Kritik von Gewerkschaften stößt. Forderungen nach Stabilität und fairer Finanzierung wachsen.



Bundestag, Berlin, Deutschland - Die Diskussion um die Rentenreformen in Deutschland erhält frischen Schwung: Am 4. Juni 2025 hat die CDU im Koalitionsausschuss die „Frühstart-Rente“ als Teil eines neuen Rentenpakets integriert. Diese Reform sieht monatliche Einzahlungen von zehn Euro pro Kind in ein Altersvorsorgedepot vor und soll im Jahr 2026 starten. Doch während die Koalition optimistisch bleibt, wachsen die Bedenken in der Bevölkerung und bei zahlreichen Gewerkschaften.

Der Sozialverband VdK äußert massive Kritiken und hebt hervor, dass die Mehrheit der Menschen im Alter von der gesetzlichen

Rente abhängen wird, nicht von privaten Aktiendepots. Der VdK fordert daher eine Stabilisierung des Rentenniveaus sowie eine Verbreiterung der Einnahmebasis der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Förderung privater Aktiendepots mit mehr als einer Milliarde Euro Steuergeldern wird als nicht zielgerichtet kritisiert. Stattdessen setzt sich der VdK für sofortige Unterstützung von alleinerziehenden Eltern und sinnvolle Rentenlösungen wie eine Kindergrundsicherung und attraktive Betriebsrenten ein.

Gewerkschaften warnen vor Kosten und Symbolpolitik

Schwerer Widerstand kommt auch von ver.di, die die Frühstart-Rente als „symbolischen“ und „kostspieligen Schritt“ bezeichnet. Anja Piel vom DGB alarmiert, dass bei einer monatlichen Einzahlung von zehn Euro nach 60 Jahren voraussichtlich nur eine Rente von etwa 30 Euro brutto herauskommt. Zudem wird auf die jährlichen Kosten von rund einer Milliarde Euro hingewiesen, die aufgrund der Reform private Versicherungskonzerne begünstigen würden, ohne echten Nutzen für die Menschen zu liefern. Die Gewerkschaft fordert stattdessen eine umfassende Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Kritik der Gewerkschaften wird von Experten unterstützt, die warnen, dass die Beitragssätze steigen und Finanzierungslücken in der Rentenversicherung aufkommen werden. Der aktuelle Beitragssatz liegt bei 18,6 Prozent und könnte bis 2027 auf 19,7 Prozent und bis 2035 sogar auf 21,2 Prozent steigen. Um die stabilen Rentenniveaus zu sichern, möchten Union und SPD das Rentenniveau bis 2031 auf 48 Prozent verankern. Allerdings prognostizieren Studien einen Rückgang des Rentenniveaus auf 46,9 Prozent bis 2030 und auf 44,9 Prozent bis 2045, falls keine geeigneten Maßnahmen ergriffen werden.

Langfristige Finanzierung bleibt unklar

Gemäß dem neuen Rentenpaket II, das am 27. September 2024 im Bundestag besprochen wurde, soll die Haltelinie des Rentenniveaus über 2025 bis 2039 verlängert werden. Die Deutsche Rentenversicherung äußert, dass die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent bis 2039 das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung stärken kann. Doch ein entscheidender Punkt bleibt die langfristige Finanzierung, die auch von Wachstum, hoher Beschäftigungsquote und einer angemessenen Lohnentwicklung abhängig ist.

Ein weiterer Aspekt der geplanten Reform ist die Errichtung der Stiftung „Generationenkapital“. Sie soll ab 2036 jährlich 10 Milliarden Euro an die Deutsche Rentenversicherung überweisen. Experten warnen jedoch davor, dass ein nennenswerter Kapitalaufbau und eine spürbare Entlastung kaum zu erwarten sind. Sollte die Stiftung ab 2036 nicht leisten können, müssten Versicherte und Arbeitgeber mit höheren Beiträgen rechnen. Die Deutsche Rentenversicherung fordert zudem, dass für das Generationenkapital keine Beitragsmittel verwendet werden, um die finanzielle Stabilität langfristig zu sichern.

Das Thema Rentenreform bleibt also komplex und umstritten. Die verschiedenen Akteure haben unterschiedliche Perspektiven, die alle in die Diskussion einfließen müssen, um eine nachhaltige Lösung für die Rentenversicherung zu finden.

Für weitere Informationen zu diesen Themen können Sie die Berichte auf **inFranken**, **Haufe** und **Deutsche Rentenversicherung** nachlesen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Bundestag, Berlin, Deutschland
Quellen	• www.infranken.de • www.haufe.de • www.deutsche-rentenversicherung.de

Details	
	rentenversicherung.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net